

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erlaubt wöchentlich Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelnenpreis die Gelpost. Colonelleite für Arbeitsgenüsse 75 Pfg., Geschäfts- und Privatansprechen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 585. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 3.

Duisburg, den 19. Januar 1918.

19. Jahrgang.

## Die deutsche und feindliche Rüstungsindustrie

Seitdem der Vierverband erkannt hat, daß er durch seine Überlegenheit an Zahl die Überlegenheit der deutschen Führung und deutschen Truppenmoral nicht ausgleichen kann, versucht er den Sieg durch die Überlegenheit an Material zu erringen: Während durch Verschärfung der Blockade die Waffen- und Munitionserzeugung der Mittelmächte unterbunden werden sollte, wurde für die Erzeugung auf gegnerischer Seite fast die ganze Welt mobil gemacht. Es ist allgemein bekannt, welche ungeheuren Mengen von Kriegsmaterial das damals angeblich neutrale Amerika der Entente geliefert hat. Dennoch genügen die Mengen nicht, die Mittelmächte niederzurufen, weil diese über eine hochentwickelte Waffenindustrie verfügen und es in der Rohstofffrage verstanden haben, sich, soweit nötig, durch Heranziehung von Ersatzstoffen oder Anwendung neuer bzw. synthetischer Verfahren vom Auslande endgültig freizumachen. Die Vierverbandsstaaten sahen sich also genötigt, ihre Eigenherzeugung aufs äußerste zu steigern.

Vom Beginn der letzten großen Offensive wurden nun von Frankreich und England über den Grad dieser Steigerung Verhältniszahlen bekanntgegeben, die der Welt beweisen sollen, daß der Sieg der Entente jetzt unausbleiblich sei. — Eine herabsetzende Aufmunterung war wohl besonders für die eigenen Kämpfer notwendig! Wenn auch der bisherige Verlauf der Offensive die Großsprechererlei genügend abgeben hat, verlohnt es sich doch, diese Verhältniszahlen einmal auf ihren wirklichen Gehalt zu prüfen. Das ist an der Hand von Pressestimmen aus dem gleichen Lager möglich, die Schlüsse auf den Wert jener Zahlen zulassen, wie sie z. B. „Illustration“ vom 24. März 1917 veröffentlicht. Hiernach soll vor Kriegsbeginn bis Dezember 1916 unter anderem die Fertigung gestiegen sein:

bei 75-Millimeter-Geldgeschützen um das 37fache,  
bei 75-Millimeter-Granaten um das 41fache,  
bei Maschinengewehren um das 173fache,  
für Gewehre sei das Verhältnis etwa doppelt so groß wie für Maschinengewehre.

Diese Zahlen, selbst wenn sie richtig und nicht, was wohl anzunehmen, der Tendenz entsprechend stark übertrieben sind, können nur dann ein imponierendes Endergebnis beweisen, wenn auch die ihnen zugrunde liegenden Anfangszahlen verhältnismäßig hoch waren. Dies ist aber höchst unwahrscheinlich, vielmehr ist nach folgenden Pressestimmen als sicher anzunehmen, daß die französische Waffen- und Munitionserzeugung mit Kriegsbeginn auf ein Minimum heruntergegangen war:

„Temps“ vom 20. Dezember 1916 schreibt: „Etwa 80 Prozent der Eigenherzeugung (Wich in den Händen des Feindes vom ersten Schläge an), der Gußherzeugung, der Steinbohlen- und der Stahlproduktion, 95 Prozent von 127 Werken durch den feindlichen Einfall von Frankreich abgeschnitten. . . Wegen der Rohstoffe: Stahl, Gußeisen, Koks usw., haben wir uns an England und die Vereinigten Staaten wenden müssen.“ — Bis diese bestellten Rohstoffe eintrafen und verarbeitet werden konnten, mußte aber eine geraume Zeit vergehen. — Weiter verrät derselbe Artikel, daß durch die allgemeine Mobilisation die gesamte Industrie in Unordnung gebracht war. Nach „Figaro“ vom 21. August 1915 arbeiteten bei Kreuzot nach Kriegsausbruch nur noch ungeschickte Jungen und die ganz Alten, also nur die weniger leistungsfähige Hälfte. Ferner erklärte nach „Temps“ vom 15. Januar 1917 der Berichterstatter der Heereskommission über die Lage im Februar 1915: „Die Munitionsfabriken sind noch zum größten Teil geschlossen und alle Facharbeiter mobilisiert. Keine Herstellung von Gewehren. . . Artilleriemunition täglich 25 000 für 4000 Kanonen.“ (Dagegen sollte nach „Temps“ vom 20. Dezember 1916 die nach Kriegsbeginn nur 7500 betragende Tagesfertigung an 75-Millimeter-Granaten bereits im Januar 1915 auf 65 000 gestiegen sein, ein Beweis für die Unzuverlässigkeit französischer Zahlenangaben.)

Sonach konnten die den genannten Verhältnissen zugrunde liegenden Anfangszahlen nur sehr gering und somit auch trotz der angeblich enormen Steigerung das Endergebnis nicht überwältigend sein. Außerdem stand nicht die ganze Erzeugung Frankreichs seinem Heere allein zur Verfügung, es mußten vielmehr nach „Temps“ vom 20. Dezember 1916 noch „wichtige Sendungen“ an die Alliierten, die Russen, Rumänen, Italiener, Belgier und Portugiesen abgegeben werden. Wie wenig die angegebene, etwa 34fache Steigerung der Gewehrfertigung besagen will, zeigt ein Brief des Generals Bedoya an den früheren Kriegsminister Millerand („Temps“ vom 15. Januar 1917), nach dem von Kriegsausbruch bis März 1915 nur alles in allem 250 Gewehre gefertigt worden sind.

Ähnlich verhält es sich mit den im „Scotsman“ vom 26. Dezember 1916 veröffentlichten britischen Zahlen. Hiernach betrug die Steigerung der Fertigung von Ende Juni 1915 bis November 1916

bei Geschützen:  
bei mittleren (155 Millimeter) das 36fache,  
bei schweren (über 155 Millimeter) das 10,8fache.

Bei Munition:

für 18-Pfünder (82 Millimeter) das 43fache,  
für mittlere Geschütze das 66fache,  
für schwere Hauptstücken (über 155 Millimeter) das 32fache.

Der Verbrauch an Sprengstoffen stieg von September 1914 bis Juli 1916 um das 11—12 000fache.

Bei Wertung dieser Zahlen ist zunächst zu berücksichtigen, wie wenig leistungsfähig die englische Rüstungsindustrie zu Beginn des Krieges war. Nach „Daily Mail“ vom 10. Februar 1917 (Pariser Ausgabe) hatte England bei Ausbruch des Krieges nur Geschütze für 8 Divisionen mit entsprechender Reserve für Verluste. Zur Erhöhung der Fertigung waren keine besonderen Anlagen vorhanden. Die Anlagen der Staatsfabrik und die wenigen privaten Geschützehersteller waren nur für die normale Ausrüstung eingerichtet. Trotz aller Anstrengungen des Kriegsministeriums, die Fertigung zu steigern, genügte die Lieferung von Geschützen lange Zeit kaum, um den Bedarf an der Front zu decken. Ähnlich muß es mit der Munitionserzeugung gestanden haben, wenn, wie Maurice Barres in „L'Echo de Paris“ vom 23. August 1916 aus dem Munde Lloyd Georges berichtet, England am 1. Juli 1916 nur einen Vorrat von 75 000 Granaten hatte. Man muß aber auch berücksichtigen, wie klein die englische Armee bei Kriegsausbruch und wie schwach sie damals mit mittlerer und schwerer Artillerie ausgestattet war, wie in allen Heeren im Verlaufe des Krieges die Ausstattung der Truppen gerade mit diesem Material vermehrt und in welchem Umfange der Verbrauch an Munition und damit auch an Geschützmaterial gewachsen ist. Besterer Umstand hätte bei unseren Feinden erheblich mehr zutage getreten sein, da deren Geschütze eine kürzere Lebensdauer als die unserigen haben.

Auf der anderen Seite war die deutsche Rüstungsindustrie bereits im Frieden auf die um ein Vielfaches größere Stärke des deutschen Heeres zugeschnitten. Wenn man unter Berücksichtigung dieses Umstandes mit den von England zweifellos offiziös veröffentlichten Steigerungsziffern, die nicht einmal immer wesentlich niedrigeren entsprechenden deutschen Zahlen vergleicht, muß man zu dem Schluß kommen, daß die positiven Zahlen der Gesamtfertigung Englands im Vergleich mit den entsprechenden deutschen Zahlen nur bescheiden ausfallen können.

Verhältniszahlen können eben nur dann imponieren, wenn sie auf einer soliden Basis aufgebaut sind. Bei Deutschland und England liegen die Verhältnisse klar. Die ganze Welt weiß, wie hoch entwickelt die deutsche und wie rückständig die englische Rüstungsindustrie vor dem Kriege war. Wie stark die ersten Kriegsergebnisse die Basis der französischen Verhältniszahlen verkleinert haben, hat uns die französische Presse gezeigt. Die schärfste Kritik der feindlichen Großsprechererlei ist aber das beschwindend geringe Ergebnis der jetzigen großen Offensive, auf die sich die Westmächte mit amerikanischer Hilfe von langer Hand in Ruhe vorbereiten konnten, während Deutschland zwei Fronten zu versorgen hatte und außerordentliche Mengen seiner Erzeugung im rumänischen Feldzuge, gegen Rußland und Italien verbrauchen mußte.

Wenn aber der Rückblick in die Vergangenheit uns schon mehr befriedigen kann als unsere Feinde, um so mehr muß dies der Fall sein beim Blick in die Zukunft. Der Vierverband hat in der Waffen- und Munitionserzeugung dank der Tätigkeit unserer Unterseeboote seinen Höhepunkt längst überschritten, während unsere Fertigung mit der vollendeten Umstellung unserer Industrie und der gerade in den letzten Wochen begonnenen Inbetriebnahme wichtiger Neubauten eben in ein neues Stadium erheblicher Steigerung getreten ist. Täglich mehrten sich die Anzeichen, daß infolge der wachsenden Frachtraumnot die Kräfte für unsere Feinde herannahen, die wir allmählich ausgleichen konnten und längst schon überwunden haben. Hier kann ihnen auch Amerika nicht helfen.

Daß wir bis jetzt auf der Höhe der Leistungsfähigkeit stehen, haben wir vor allem auch unserer Arbeiterkraft zu danken, die treu und unentwegt Tag und Nacht für das deutsche Vaterland schafft.

## „An die Gewehre.“

„An die Gewehre!“, ein Befehl, der dem Sinne nach ins Deutsche überfetzt, soviel heißen würde wie: Jetzt wird die Sache ernst. Tausende unserer Kollegen haben während dieses unseligen Krieges Gelegenheit gehabt, draußen in vordersten Reihen dem Befehl Folge zu leisten. Wenn immerhin die Empfindungen bei den einzelnen verschieden sind, so wirkt dieser Befehl aber nach einer Richtung hin bei dem deutschen Soldaten einheitlich. Und diese einheitliche Wirkung spiegelt sich wieder im äußeren Gebahren. „An die Gewehre!“ Straff richtet der deutsche Infanterist sich auf, mit festem Griff wird das Gewehr gefaßt, das Auge blüht, jede Muskel ist gespannt, jetzt wird die Sache ernst. Jeder fühlt sich als ein Glied in der langen Kette und ist sich bewußt, daß es auch von ihm mit abhängen wird, ob das gestellte Ziel erreicht wird. Jeder ist sich bewußt,

daß von seiner Führung alles geschah, um den Erfolg zu verbürgen. Dieser einheitliche, von dem unerlöschlichen Vertrauen zu seiner Führung getragene Wille zum Sieg, ist das Geheimnis unserer Erfolge. Er ist das Bindemittel, das unsere stählerne Mauer im Westen so hart und undurchdringlich werden ließ, er ist der Talisman, der unsere Brüder auf allen anderen Fronten auf ihrem Siegeslauf begleitete und von Erfolg zu Erfolg führte.

Wenn so ein Jeder von diesem Geiste befeelt seinen Platz dort auszufüllen bestrebt ist, wo ihn sein Führer hingestellt, dann kann und wird das Endergebnis des Kampfes nicht zweifelhaft sein. — Wir schicken diese kurze Anleitung voraus, um all den Jaghaften, Unschlüssigen und Kleinmütigen zu zeigen, daß es unbedingt notwendig ist, auch in unseren Reihen diesen Geist zu pflegen, denn auch für die Arbeiterorganisationen, im besonderen für den Christlichen Metallarbeiter-Verband ist der Moment gekommen, wo es auf der ganzen Linie heißen muß:

„An die Gewehre!“

Auch für uns wird die Situation ernst, umso eher je näher wir dem Ende des Krieges kommen. Drum, wagen auch wir den angestrengten Kampf gegen den an Zahl Überlegenen Feind. Führen wir ihn in der eingangs geschilderten Geistesmitzuchtigster Entschlossenheit, und der Erfolg kann nicht ausbleiben. Doch, wer ist dieser Feind, der uns Arbeitern den Platz an der Sonne streitig macht, wie ihn die Engländer unserem ganzen Volke vorenthalten wollen? Es sind nicht die Arbeitgeber, wie vielfach in Arbeiterkreisen geglaubt wird. Mit ihnen wollen wir, wenn unsere Reihen erst geschlossen sind, im ehrlichen Kampf um unseren Anteil am Ertrage unserer Arbeit rechten. — Unser Feind sitzt anderswo. Er ist nirgends und doch überall. Wir finden ihn in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jeder Hütte und in jeder Werkstatt, wo immer Arbeiterhände an der Arbeit sitzen. Er macht sich breit in allen Gassen und Lämpten, genau wie unsere Feinde draußen an den Fronten mit den schmutzigsten Waffen. Er sitzt, leider sehr geklagt, auch in unseren eigenen Reihen u. ist bekannt unter den verschiedensten Bezeichnungen, wie Gleichgültigkeit, Schwarzverbum und Uneinigkeit.

Uns allen ist er am besten bekannt unter dem Sammelnamen Indifferentismus. So wären wir als Deutsche geblieben in diesem gewaltigen Ringen, wenn wir nicht wie ein Mann zusammengestanden wären. Wie wollen wir als Arbeiterstand den Kampf um unsere Gleichberechtigung bestehen, solange dieser innere Feind unsere besten Kräfte verzehrt. Schon hat der Kampf begonnen. Drum: „An die Gewehre!“ Mit weitem Blick hat man schon kurz nach den ersten Erfolgen draußen auf den Schlachtfeldern erkannt, daß man unseren ganzen Stand, der so tätigen Anteil an dem ferneren Geschick unseres gemeinsamen Vaterlandes nahm, der mutig die größten Opfer brachte und die schwersten Entbehrungen ertrug, nicht länger mehr als das fünfte Rad am Wagen betrachten durfte. Es kam die Osterhoffnung unseres Kaisers, man prägte das Wort von der Reorientierung und dann folgte des Reichskanzlers Wort: „Freie Bahn für alle Tüchtigen.“ Doch kaum hat man jetzt begonnen, all dies in die Tat umzusetzen, wenigstens versucht man den Anfang damit zu machen, und schon regt es sich überall. Ein Sturmhauf hat begonnen. Man hält uns auch heute, trotz aller Beweise unserer Mündigkeit, noch nicht für fähig, von einem gerechten Wahrecht Gebrauch machen zu können. Wer hörte nicht schon von den nimmerjätten Arbeitern. Wer hörte nicht schon von den ungeheuren Kriegslöhnen oder den Arbeiterfrauen, die für Lebensmittel und Kleiderstoffe jeden geforderten Preis zahlen. Das alles sind Mittel zum Zweck. Abgesehen von einigen wenigen Spezialarbeitern, die auf Grund ihrer besonderen Geschäftigkeit auskömmliche Löhne verdienen, weisen unsere aufgemachten Statistiken nach, daß dieses Geschrei von den hohen Kriegslöhnen eitel Dampf ist.

Das alles wird diesen Leuten leicht gemacht durch den ungeheuren Indifferentismus der Arbeitermassen. Die Organisationen sind die Sprachrohre der Arbeiter und je größer die Zahl der organisierten Arbeiter ist, umso mächtiger wird dieses Sprachrohr wiederhallen von dem Schall der vereinigten Stimmen. Untersuchen wir kurz, ob man noch einen Schein von Recht hat, uns all das Versprochene noch länger vorzuenthalten und wenn nicht, dann: „An die Gewehre!“ — Ein Staat besteht immer aus den verschiedenen Ständen, die innerhalb seiner Grenzen wohnen. Dazu gehören auch wir als Arbeiterstand. Würden wir jetzt den Arbeiterstand aus unserem Staatswesen herauslösen, dann wäre es auf jeden Fall, ohne die weiteren Konsequenzen aus einer solchen Operation zu ziehen, um unsere Industrie zu gefährden. Wir sehen also, daß man ruhig etwas entgegenkommender gegen uns sein dürfte. Doch sehen wir von derartigen phantastischen Experimenten ab und bleiben auf dem Boden der Wirklichkeit und da bleibt bestehen, daß derjenige Stand, der vom Staat Rechte verlangt, auf der anderen Seite dafür auch Pflichten übernehmen muß. Bei uns Arbeitern liegen die Dinge nun so, daß man uns eine ganze Reihe Pflichten aufgebau hat, aber anscheinend vergessen hat, Pflichten und Rechte gegen einander abzuwägen. Wo ist und bei welcher Gelegenheit tritt unsere Gleichberechtigung in die Erscheinung. — Nirgends. — Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir bis heute (abgesehen von den zusammengeschlossenen organisierten Ar-



better) als Stand noch nicht gezeigt haben, daß wir für die Erreichung dieses Zieles auch Opfer bringen wollen. Es könnte der Fall sein, daß es auch heute noch Arbeiter gibt, die glauben, ein solcher Kampf sei der gebrachten Opfer nicht wert. All diesen empfehlen wir, aus der Vergangenheit und aus dem Verlauf dieses Krieges an und hinter der Front zu lernen, die Bissfelmähe abzustreifen, sich als echte Deutsche den Wahlspruch unserer Vorfahren „Einigkeit macht stark“ zu eigen zu machen und in die Reihen der organisierten Arbeiter einzutreten.

Sie würden gar bald einsehen, daß sich die gebrachten Opfer lohnen, sie würden sich aber auch überzeugen, daß unser Stand mit vollem Recht die Gleichberechtigung in allen Zweigen des öffentlichen und staatlichen Zusammenlebens beanspruchen kann.

Mit vollem Recht stellt der Staat an den Stand, der für sich die Gleichberechtigung beansprucht, gewisse Forderungen, die erfüllt werden müssen, wenn das Gleichgewicht der Stände zueinander nicht verloren gehen soll. Mit anderen Worten, der einzelne Stand soll nachweisen, daß auch er sein Teil zur weiteren Fortentwicklung des Staates beiträgt. Er soll nachweisen, daß er über eine gewisse Produktivität verfügt, er soll nachweisen, daß er Konsumkraft und kulturelle und staatliche Bedeutung besitzt.

Ob uns als Arbeiterstand der Nachweis, daß wir diese Forderungen schon längst erfüllen, schwer werden kann? Versuchen wir's. Bringen wir ganz besonders den Beweis der Produktivität, denn mit ihm weisen wir fast zu gleicher Zeit nach, daß auch die anderen Bedingungen von uns erfüllt werden.

Wenn wir auch nicht in dem Sinne produktiv sind wie die Unternehmer, weil uns die Produktionsmittel fehlen, so stellt unsere Arbeitskraft jedoch ein Produktionsmittel dar, das bei der Gesamtproduktion ebenfalls ausschlaggebend von Wert ist. Sie muß bei der Bewertung unserer kulturellen Aufschüßung an erster Stelle mit in Rechnung gestellt werden. Schon aus dem einfachen Grunde, weil dieser ganze Aufschüßung in Frage gestellt worden wäre, wenn der Arbeiterstand mit der technischen und maschinellen Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert nicht gleichen Schritt gehalten, wenn nicht auch er sich geistig vorwärts geschraubt hätte, um den erhöhten, an ihn gestellten Anforderungen genügen zu können.

Wir sind heute nicht mehr die einfachen Lohnempfänger von anno dazumal, die am Abend beschränkt hatten, was sie am Tage verdienten. Die beste Illustration zum Beweis unserer Produktivität gab unlängst ein hervorragender Parlamentarier in einem Vortrage, den er vor einem gewissen Publikum zu halten Gelegenheit hatte, in dessen Verlauf er auch die Einträge kurz streifte, die eine Studienreise in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten (Amerika) bei ihm hinterlassen hatten. Er schilderte mit stichlichem Stolz, daß er überall, wo er auf hervorragende Kulturzeugnisse gestoßen sei da drüben, feststellen habe, daß dieselben deutschen Ursprungs waren. Wenn dem so ist und wir haben keinen Anlaß daran zu zweifeln, denn die Ursachen dieses Krieges befehlen jeden eines besseren, dann nehmen wir als deutsche Arbeiter für uns in Anspruch, an all diesen Dingen schwer mitgearbeitet zu haben. Dies allein genügt für uns, den vollwertigen Beweis für unsere Produktivität, der mit hundert anderen Momenten noch zu erhöhen wäre, erbracht zu haben.

Wir sollen weiter nachweisen, daß unser Stand eine gewisse Konsumkraft in sich schließt, das heißt, daß die übrigen Stände durch die Zusammenarbeit mit ihm auch etwas profitieren. Auch das nachzuweisen fällt uns nicht schwer. Geben wir dem Reichstagsabgeordneten Böhmiger das Wort, der für das Jahr 1913 eine Rechnung anmacht, nach welcher wir als gesamte deutsche Arbeiterschaft eine

Lohnsumme von 20 Milliarden Mark vereinnahmt hatte. Von diesen 20 Milliarden verbrauchten wir für Nahrungsmittel und Kleidung zehn Milliarden. Die übrigen zehn Milliarden verausgabten wir für höhere Kulturbedürfnisse und führten sie auf die mannigfaltigste Art den anderen Ständen wieder zu. Für das gleiche Jahr stellt Böhmiger fest, daß der überseeische Handel unserer Industriellen dem Vaterlande ebenfalls einen Goldstrom von zehn Milliarden zuführte. Wir sehen also auch hier, daß unser Stand bisher sein Licht unter den Scheffel stellte.

Zum Schluß wollen wir noch nachweisen, daß wir Kultur und staatliche Bedeutung haben. Mit anderen Worten, wir sollen nachweisen, daß auch im Arbeiterstand jenseit Geist vorhanden ist, daß es sich lohnt, denselben dem Staatsgange nutzbar zu machen. Man weiß nicht, fast sträubt sich die Feder: weil es leeres Stroh dreschen heißt, ihr zuzumuten, diesen Nachweis zu führen. Wogegen von all der undankbaren Arbeit, die gerade während dieses Krieges von Arbeiterführern im Interesse des gemeinsamen Vaterlandes geleistet wurde, sind wir in der Lage, eine Reihe Männer aufmarschieren zu lassen, die als langjährige Parlamentarier aus dem Arbeiterstande herorgegangen, auch in solchen Situationen für das Vaterland das Richtige trafen, wo andere Kreise, die mit Kultur und staatlicher Bedeutung „zur Welt kommen“, versagten.

Wir sehen also, daß es sich wohl der Mühe lohnt, den Kampf zu wagen, daß die Opfer sich reichlich lohnen, wenn auch wir unserer Führung Vertrauen entgegenbringen, wenn jeder seinen Platz da auszufüllen bestrebt ist, wo ihn sein Geschick hingestellt. Wir sehen ferner, daß wir als Stand unserem Ziele viel näher sein müßten, hätten wir den Kampf gegen unseren größten Feind, den „Indifferentismus“ energischer geführt. Wenn wir heute dem Ziele näher gekommen sind, dann danken wir es der unermüdbaren Arbeit der Organisationen. Aber auch für uns als Stand gilt genau dasselbe, was andere Stände als Selbstmitleid aufgestellt haben, auch wir dürfen da nicht wieder anknüpfen, wo der Faden bei Ausbruch des Krieges abgerissen ist. Auch für uns muß eine neue Zeit beginnen. Dazu ist aber vor allen Dingen notwendig, daß wir dieses einheitliche Frontbild auf unseren Stand übertragen. Daß wir auch innerhalb unseres Standes den inneren den größten Feind, den Indifferentismus, bis zur Entscheidungsstunde, die mit Beendigung des Krieges kommen wird, besiegt haben. Darum, Kollegen und Kolleginnen, wenn heute an uns der Ruf erschallt: „An die Gewehre!“, dann heißt es auch für uns: Die Zeiten werden ernst! Dann muß, das sei unser Gebotnis zum neuen Jahre, ein jeder von uns etwas mehr tun wie bisher. Nehmen wir etwas von dem Geist der draußen unsere Brüder drüben, in uns auf. Sie hämmern und schmieden da draußen das neue Deutschland zurecht, unsere Aufgabe ist, hinter der Front nach dem Rechte zu sehen. Uns Metallarbeitern fällt, weil unser Vaterland nun einmal ein Industrieland geworden ist der größte Teil der Aufgabe zu. Sehen wir den anderen mit gutem Beispiel voran. Unser Lösungswort: „Kampf dem Indifferentismus.“ Der Befehl lautet:

„An die Gewehre!“

Sorgen wir für die einheitliche Wirkung desselben in der Weise, daß wir in allererster Zeit eine mächtige Fronte in die Fronte des Indifferentismus legen. Jeder stellt seinen Mann, jeder bezieht auf seine Art den Gegner, damit recht bald unser Endziel, die Anerkennung unseres Standes innerhalb des Volksganges Wirklichkeit werde.

Keiner darf erlahmen im Kampf. Es geht dabei um's Ganze. Wie wir arbeiten, werden wir uns selbst unser Los schaffen. Nur eine Lösung gibt es: Voran! J. G.

Natürlich die Arbeiter . . .!

Die „Sorge“ eines großen Teils der bürgerlichen Presse um das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft während des Weltkrieges ist direkt zählend. Mit Argusaugen wacht sie über jeden Schritt und Tritt des Arbeiters oder der Arbeiterin, ob sie auch auf den Wegen der guten Sitte wandeln, ob sie ihr Geld gut ausgeben, ob sie sparsam leben und wie die tausend Möglichkeiten alle heißen. Es ist ergötlich anzusehen, wie so manche bürgerliche Blätter, die sich nie genug in pflanzlichen Standesgeschichten tun können, plötzlich ihr „tugendhaftes Herz“ entdecken, sobald es sich um den Arbeiter handelt, dann den Splitterrichter spielen und über die Verderbtheit der Welt jammern. Aber schließlich ist ja alle Verderbtheit der ganzen Welt nur ein geringes Übel in ihren Augen gegen den höheren Verdienst, den sich die Arbeiterschaft im Kriege mit Recht erzwungen hat. Das ist das Schlimmste. Nach ihrer guten Meinung darf der Arbeiter nur der Patschell sein, dem man alles und jedes aufbürden kann nach Belieben und der zu eben nichts anderes da ist, als zu schuffen und stille zu halten. Reht, da sich die Arbeiterschaft regt und sich ihrer Kräfte bemußt wird, da bekommt man Schreikämpfe und Beschöndert den Staat und die Regierung, doch ja auf die Arbeiter acht zu geben, dort entlockte sich nämlich das reinste Sodoma und Gomorrah. Im größten Still wird Stimmung gegen die Arbeiterschaft gemacht, die jetzt „mohisinnige Löhne“ verdiente, welche der ganzen deutschen Volkswirtschaft schädlich seien usw. Tausend Anekdöthen werden bereit getreten und mit Behagen erzählt — ob wahr oder unwahr. Spielt keine Rolle, sie erreichen schon ihren Zweck — nach denen der Arbeiterjüngend nur Sedt trinkt, die Arbeiterin sich die teuersten Stoffe kauft, die selbst hochgestellte Frauen zu kaufen sich scheuen; irgend einem „Pan“ wird ein Cellier gekauft im blanken Werte von 1200 Mark, sofort bar bezahlt: teure Pralines, Pfund 20—30 Mark, werden, ohne nach dem Preise sich zu erkundigen, Kilogrammweise gekauft; Schmirnemann, Munitionsarbeiter selbstverständlich, kauft schnell entschlossen ein Klavier für 1350 Mark; eine Putzarbeiterin kauft einen Anverod haben — den Feuerkeren wählt sie. — Preis 250 Mark spielt keine Rolle, „wir haben es ja!“ In diesem Stille sucht die bürgerliche Presse, getrieben durch ihre Hintermänner, gegen die Arbeiterschaft hart zu machen. In raffiniertester Weise wird ein Einzelfall auf die Allgemeinheit ausgebeutet und so die ganze Arbeiterschaft verdächtigt. Bei der bekannten Unkenntnis und Oberflächlichkeit des größten Teiles der bürgerlichen Presseleser in Fragen des Lohnes und der Arbeitsverhältnisse wird das alles, was die Zeitungen nach der Seite hin vorlegen, als bare Münze hingenommen und freudig weiterverbreitet, denn es geht ja gegen die Arbeiterschaft.

Was von den „hohen Löhnen“ und den „Unausgesehen“ der Arbeiterschaft zu halten ist, wissen wir alle nur zu gut. Gewiß hat hier und da der oder jener Arbeiter vom Gelde nicht den rechten Gebrauch gemacht. Das soll nicht sein und die Arbeiterpresse hat das immer klar gerügt. Sie hat das Recht dazu. Die bürgerliche Presse mag die Kritik darüber ruhig der Arbeiterpresse überlassen; nach der Seite hin hat die bürgerliche Presse abwärts den Mund zu halten. Sie tätet besser daran, zunächst den Unglücksfall der Verschwendung und des Luxus ihrer Stände zu rügen, aber da rührt sie keinen Finger. Warum steht sie keinen Entrüstungsschrei aus, wenn sich z. B. die Frau Kriegsküferin einen Pelz im Werte von 75—80 000 Mark kauft, wie sie jetzt in Berlin zu Dutzenden ausziehen, oder wenn sich die Tochter des Wurfabrikanten J. einen Spitzenhaal von 15 000 Mark kauft, wie sie in Hamburg ausziehen. Nur wenn eine Munitionsarbeiterin sich ein Pfund Pralines kauft von 20 Mark, dann weiß die bürgerliche Presse nicht, wie sie sich anstellen soll. Die Munitions-

Die Stunde.

Es bedurfte für uns Deutsche leider erst des gewaltigen Weltkrieges, um begreifen zu lernen, welche Kräfte, Schätze und Köpfeleiten der deutsche Volksgaist in sich birgt und welche kaum zu umgrenzenden Möglichkeiten zur Schaffung und Bildung neuer Werte durch ihn aus dualen Schöpfungen geborgen wurden.

Wie sich aus den unzähligen geistigen Zellgeweben, den breiten Schwingungen der Massengeiste, den rein verhalten, tiefen Ausströmungen der Einzelseele und den sicher nicht gering zu veranschlagenden Einwirkungen der umgebenden Welt alle jene inneren und äußeren Möglichkeiten ergeben, die wir, zu einem Ganzen zusammengefaßt, Kulturwille nennen, wird uns wohl immer verborgen sein. Es mag vielen eine ewige Frage bleiben, ob die Völker durch eine innere Bestimmung gezwungen sind, ja und nicht anders den Gang ihrer Geschichte zu gehen, oder ob eine blinde Zufälligkeitfolge von Zufälligkeiten sie in eines der vielen Geleise hineinzwängt, aus dem sie sich nach Möglichkeit ihres Willens herauszuziehen in ein anderes hinauszuwenden können. Die Geschichte des Menschheitsgeistes lehrt dem gegenüber mit auffälliger Eindeutigkeit, daß die Zeiten nationaler Hochspannung stets den Glauben an einen unmittelbaren Zusammenhang der tätigen Geschichte mit den letzten und höchsten Urgründen alles Seins und Gehens zu wahren sich gezwungen sehen.

In diesem Sinne spricht nicht von der besonderen Auszeichnung des „Götter“ im Volke, der „Anknüpfung“ des „Volksgaistes“ im „Schicksal“ eines Volkes; in dem Sinne reden wir alle von einer „deutschen Mission“, erklärt J. W. Droysen, der geistige Herrscher der „Lebendigen Kraft“ im Volke und deren Zusammenwirken einfach als den „Drang nach Gott“.

Unter diesen Gesichtswinkel gesehen erscheint sich die geistige Höhe eines Volkes gleichsam als Mittel zur Erfüllung der Aufgaben der Nation. Sie wird zur festen Grundlage, auf der sich das tätige Schicksal erhebt, sie ist nach der Schicksal zum Verständnis aller seiner geschichtlichen Handlungen und der in der Zukunft liegenden Aufgaben.

Die deutsche Schicksal hat einmal in einem Briefe an seinen Bruder August Wilhelm von der inneren Eigenart der Nation als den „Inbegriff geistiger Kraft und innerer Fortentwicklung“, von einer „deutschen Eigenart“, von der wir ein und bekanntes Volk eine „deutsche Schicksal“ sind. Diese Grund- und Ursprung aller deutschen Schicksal, die hier dem raschen vorbringenden Geiste des großen Mannes wie ein fester Felsblock seiner eigen-

nen Seele vertraut wurde, diese tiefe Aber im bürgerlichen Sein, der Ausgang- und Endpunkt alles wahrhaft Deutschen ist der Individualismus, der Gedanke der Persönlichkeit.

Schließlich sagt, warte das Fort Individualismus allein uns auf eine Bahn treiben, von der aus eine Beurteilung des Lebens, das wir voll nennen, unmöglich würde. Der deutsche Individualismus ist nicht das sferlose Hinschreiten und Begreifen des Einzelnen aus Notwendigkeit und Zusammenhang mit den übrigen Gliedern des Volkes, wie wir es bei anderen Nationen, zumal auch bei der angelsächsischen Rasse beobachten können; der deutsche Individualismus ist die reinste, innerliche Zurückziehung der Einzelwesenheit mit dem Volke. Aus ihm schöpft sie bewußt ihre Kräfte und ihm strebt sie auch wieder zu. Freilich machen wir auch die Beobachtung bei uns, daß in manchen Ständen und Kreisen der Individualismus nach amerikanischen Muster sich breit macht, nicht zuletzt auch bei dem „Indifferentismus“ in unserer Industrie. Die alten Industriefabrikanten haben dagegen trotz mancher Härten mehr deutsche Geist und deutsche Persönlichkeit.

Der Zusammenhang der Persönlichkeit mit dem Volke bringt es mit sich, daß auch eine gewisse partei Rückwirkung sich geltend macht, daß das Volk die Persönlichkeit erkennt und in sie hinein seine eigenen Eigenschaften überträgt. Das zeigt sich vor allen Dingen dann, wenn eine geschichtliche Gestalt aufsteht, ins Sagenhafte zu gehen. Die Gestalt des bedeutendsten allerdeutschen Königs Theodorich, der mit seinen Helden um das Jahr 500 nach Christi Geburt wandte und Rom eroberte, hatte neben ihren guten auch eine bedeutende Zahl von Eigenschaften, die ihn als Mensch etwas niedrigeren. Aber er sorgte für sein Volk, seinen Rat gaben alle germanischen Völker, er schickte Streikführer der Nationen. Diese Gestalt hat das deutsche Volk herausgehoben aus dem Niedrigen und ihn mit dem stolzen und Edelsten anseindet, was die deutsche Volkseele in sich barg. Das ist nur ein Beispiel für viele, in welcher Art und Weise die deutsche Persönlichkeit auf das deutsche Volk ihre Wirkungen ausübte und Zusammenhänge mit ihr knüpfte und wie das Volk die Persönlichkeit in der eigenen Seele zu einem neuen Reize umschaffte.

Die deutsche Persönlichkeit hat einen tief bedeutenden Zug der deutschen Volkseele, wo innerhalb des allen deutschen Volkes die rein persönliche Überzeugung der Einzelnen als rechtlicher Bewußtsein eng-tanen wurde, daß also „Persönlichkeit und Subjektivität hier objektives Recht“ geworden. Mit Recht verdient darum die nationale Geschichte auf eine höchst subjektive Energie, Lebens- und Weltanschauungen, die von dem Tage an, da die kühnen Reden des Mittelalters zum Gemeinwohl führten, der

die glanzumhobenen Zeiten mittelalterlichen Raffertums, über Luther, Goethe, Bismarck bis zu unsern Erfindern, Schicksalendenkern, Industriemännern und Arbeiterführern ein gigantisches Meer persönlicher Kraft ausgestrahlt hat.

Dieser echte Individualismus wurde der Angel, um den sich der bürgerliche Eigenwille in die Sphäre der Weltbetätigung herüberwandte und trotz des schweren, vielfach vererbten Ganges seiner Geschichte zu Ausbitten vollauf berechtigt, wie sie ein zweites Volk nie gewahren wird.

Ich sehe in allem nur den Keim einer großen, bewundernswerten Zeit ich glaube, daß unter unserem Volke Dinge geschehen werden, wie nie unter einem menschlichen Geschichte; dieses große Motiv, zu dem sich die romantische Schicksal, diese wahrhafte Zusammenfassung des deutschen Geistes in ihren größten Vertretern durchgerungen hat, das in der Vollglut gläubiger Erlasse den tiefen Gleichklang von persönlichem Lebensgefühl und vollkommener Allgemeinheit wiederfindet, wird in unseren Tagen zum Räuber endlicher Bollendung deutschen Wesens. Das große Gesetz der geistigen Kräfte, das allem Individualismus, sofern er sich zu sittlichem Wollen durchringt, eignet, wird zum Lebensgesetz der deutschen Nation. Sie kann wohl für Augenblicke von ihm abirren, aber sie ist untrennbar von ihm durchdrungen und wird sich an ihm für alle Zeiten orientieren müssen; an ihm und jener einzig großen energetischen Formel, auf die der deutsche Geist sich selbst gebracht hat: Kant.

Stellt sich uns der Grundzug der eigenen Art als ein durchaus Individuelles heraus, so erklärt sich uns endgültig die tiefe innerpersönliche Anlage, die in den Herzen der Deutschen als Wille zu rastloser Tätigkeit, zu tiefem Eindringen in das Wesen der Dinge, zu Sittlichkeit und Freiheit herangerast ist.

Der deutsche Geist hat den Charakter eines Wörtch Dürer, Kepler, Hans Sachs, eines Luther und Jakob Böhme; reichlich, treuherzig, gründlich und tiefinnig ist dieser Charakter, dabei ungeschuldig und etwas ungeschick, so weiß der sparsamige Schlegel die geistigen Burgeln alles deutschen Volkstums aufzuzeigen. Zu ihnen werden wir ewig hinabstiegen müssen, wie zu den mythischen Vätern, dahin Goethes Geist seinen Faust einst beschwor.

Oh hat der Sturm fremder Sinnes das deutsche Volk umstürzt und manchen sterbenden Art heruntergerissen. In den arbeitenden Ständen, den jungen, frischen, blühenden, aber in ein neuer Trieb herangewachsen, in dem der deutsche Geist lebendig wirkt. Diesen Geist in schweren Zeiten kraftvoll zu erhalten und in diesem Geiste zu leben ist besonders auch Aufgabe des christlichen Gewerkschaftlers. Das der deutschen Seele eigentümliche Gefühl der Treue soll im christlichen Arbeiter leben und ihn zum festen Zusammenhalten mit seinen Standesbrüder bewegen.



arbeiterin hat ihr Geld ehelich verdient im Dienste des Vaterlandes, indem sie Tag und Nacht arbeitete. An den Belohnungen von 75 000 Mark, die Frau Kriegslieferantin trägt, aber bleibt nur zu häufig das Blutgeld, das Wucherer, Schinder und Blutjäger dem kämpfenden deutschen Volke auspreßten. Da schweigt die bürgerliche Presse und weiß kein Wort zu sagen. Höchstens erzählt sie mit Tränen in den Augen von der Güte des Kriegslieferanten A., der 10 000 Mark an die Armen der Stadt gab, oder dem Kriegsliebesdieb, der einige Tausend Mark zur Verfügung stellte und singt dann den Refrain: Seht die herzensguten Leute! Sie hütet sich aber zu sehen, wieviel Tränen und Not der Kriegsgewinnler durch seinen Wucher hervorgerufen hat und wie er auf Kosten der Vermissten sich bereichert. Das charakteristische große Teil der bürgerlichen Presse vollführt. Die Taktik ist ja, möglichst auf die hohen Löhne und Ausgaben der Arbeiterschaft zu schimpfen, um dadurch die horrenden Kriegsgewinne der anderen Seite zu verdecken. Die Arbeiterschaft weiß, woran sie ist. Es ist höchste Zeit, allerorts an die Einführung der Arbeiterpresse zu denken.

### Allgemeine Rundschau Lehrvertrag und Spargzwang.

Nach Paragraph 117 der Gewerbeordnung sind „Verabredungen zwischen Gewerbetreibenden und den von ihnen beschäftigten Arbeitern über die Verwendung des Verdienstes derselben zu einem anderen Zweck als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien“ nützlich. Zu den Einrichtungen im Sinne dieser Bestimmung gehören auch Sparkassen, insbesondere für jugendliche Arbeiter. Die Frage, ob es zulässig ist, im Wege der Vereinbarung die Spareinlage eines Gehilfen im Falle vorzeitiger Auflösung des Arbeitsvertrages für verfallen zu erklären, ist kürzlich von dem Oberlandesgericht Duisburg brennt worden. Der Klage lag folgender Tatbestand zu Grunde. Der Kläger war nach Ablauf seiner dreijährigen Lehrzeit noch über ein Jahr als Gehilfe bei der Beklagten tätig gewesen, und diese hatte ihm während der Lehrzeit wöchentlich 1,50 Mark, insgesamt 63 Mark, als Spareinlage einbehalten. Die Festsetzung dieses Betrages lehnte die Beklagte, als der Kläger das Arbeitsverhältnis löste, mit Berufung auf Paragraph 7 des Lehrvertrages ab, der also lautet: „Als Arbeitslohn erhält der Lehrling im 1. Jahre einen Stundenlohn von 3 Pfg., im 2. Jahre einen Stundenlohn von 10 Pfg., im 3. Jahre einen Stundenlohn von 15 Pfg., im 4. Jahre je nach Leistung . . . Pfg. nach Abzug des Betrages zur Krankenkasse, Alters- und Invalidenversicherung, und vom 4. Jahre ab nach Abzug einer 1,50 Mark für jede Woche betragenden Spareinlage. Diese wird während des 5. Jahres in Höhe von 1 Mark festgesetzt und drei Monate nach Beendigung des 5. Jahres nebst Zinsen zurückvergütet. Er begibt sich allen Ansprüchen darauf, falls er die Fabrik vor Beendigung des 5. Jahres eigenmächtig verläßt oder sich seine Entlassung zuzieht. Die Beklagte ist dem Klageantrag gemäß verurteilt worden: „Paragraph 117 G.-D. lasse an sich die Einführung des Spargzwanges zu, aber nur soweit er zur Verbesserung der Lage des Arbeiters oder seiner Familie bestimmt sei. Die Spareinrichtung diene hier aber in erster Linie dazu, die Arbeitskräfte, die bei der Beklagten herangebildet worden seien möglichst lange an diese Arbeitsstätte zu fesseln. Der drohende Verlust der Spareinlage im Falle der vorzeitigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses solle den Arbeiter veranlassen, mindestens fünf Jahre bei dem Beklagten zu bleiben. Hierdurch trete die Wohltat des Spargzwanges fast gänzlich hinter das Eigeninteresse des Arbeitgebers zurück; auch widerspreche es dem Wesen und Zweck einer Spareinrichtung, den Sparers derart in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Arbeitgeber zu bringen, daß ihm der Verlust der Spareinlage droht, wenn vor Ablauf einer bestimmten Zeit das Arbeitsverhältnis gelöst wird. Deshalb sei die Vertragsbestimmung nichtig. Ihre Nichtverbindlichkeit entfalle auch deshalb, weil die Bestimmung in unzulässiger Weise die Kündigungsfreiheit des Arbeitnehmers beeinträchtige.“

### Erhöhter Schutz des Arbeitseinkommens und des Ruhegeldes gegen Pfändung.

Bekanntlich hatte die Bundesratsverordnung vom 17. Mai 1915 infolge der Verteuerung der Lebenshaltung die Pfändungsgrenze des Arbeitseinkommens (Gehalt, Lohn) von jährlich 1500 auf 2000 Mark erhöht, und aus den gleichen wirtschaftlichen Erwägungen war durch die Verordnung vom 22. März 1917 die Unpfändbarkeit des Ruhegeldes der im Privatdienst angestellten Personen, das bisher unbeschränkt dem Zugriff der Gläubiger unterlag, ebenfalls bis zur Höhe von 2000 Mark jährlich festgelegt worden. Da die Verteuerung und das hierdurch bedingte Sinken des Geldwertes sich immer fühlbarer machte, ist durch eine neue Verordnung über Lohnpfändung vom 13. Dezember 1917 die Unpfändbarkeit des Arbeitseinkommens und des Ruhegeldes noch weiter und zwar in der Art beschränkt worden, daß die Verordnung der bereits in Friedenszeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden erhobenen Forderung Rechnung tragend, bei der Festsetzung der Pfändungsgrenze den Familienstand des Schuldners, besonders Zahl und Alter der Kinder, berücksichtigt hat. Mit Wirkung vom 20. Dezember 1917 ist nunmehr von dem 2000 Mark jährlich übersteigenden Gehalt, Lohn oder Ruhegeld des Schuldners ein Teil, und wenn der Schuldner seinem Ehegatten, oder ehelichen Abkömmlingen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Unterhalt zu gewähren hat, außerdem noch für jeden der Unterhaltberechtigten ein weiteres Fünftel der Pfändung entzogen. Ueberschreitet hierbei der unpfändbare Teil die Hälfte des Mehrbetrages, so wird der über-schleibende Betrag immer auf die Hälfte herabgesetzt (Par. 1 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung). Beispiel: Gehalt 3600 M., unterhaltsberechtigt: Ehefrau und vier Kinder. Hier wären nach Par. 1 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung unpfändbar: 2000 und 160 und 160 und 640 gleich 2960 Mark. In Anwendung der Bestimmung Satz 2 a. a. D. ist aber nur der Betrag von 2800 Mark (800 gleich 1600 halbe) pfändungsfrei. Wenn der unpfändbare Teil des Gesamtarbeitseinkommens oder Ruhegeldes beim nicht unterhaltspflichtigen Schuldner 3500 Mark und beim unterhaltspflichtigen Schuldner 3600 Mark jährlich übersteigt, so bleibt der Familienstand überhaupt außer Betracht. Beispiel: Gehalt 5000 Mark jährlich, unterhaltsberechtigt: Ehefrau und fünf

Kinder. Hier wären unpfändbar 2000 und 300 und 300 und 1500 gleich 4100 Mark. Da aber die Unpfändbarkeitsgrenze bei 3600 Mark liegt, ist der diesen Betrag übersteigende Teil der Pfändung unterworfen.

Uebert sich der Familienstand z. B. durch Verheiratung des Schuldners, Geburt eines Kindes oder durch den Tod der Ehefrau oder eines Kindes, so erhöht sich oder sinkt die Pfändungsgrenze von dem auf den Eintritt der Veränderung nächstfolgenden Zeitpunkt ab, an dem das Gehalt, der Lohn oder Ruhegeld fällig werden. Die Veränderung wird durch Verichtigung des Pfändungsbeschlusses wirksam gemacht, die beim Gericht zu beantragen ist. Da aber der Drittschuldner — Arbeitgeber — nach Maßgabe des bisherigen Pfändungsbeschlusses an den Gläubiger weiter zahlen kann, so muß der Schuldner bezügl. Gläubiger für eine alsbaldige Zustellung des berechtigten Beschlusses Sorge tragen.

Innerhalb der Grenze der Unpfändbarkeit, von der aber, soweit es sich um die Befriedigung von Unterhaltsansprüchen der Verwandten und eines unehelichen Kindes des Schuldners handelt, nach näherer Bestimmung des Paragraphen 4. 4a des Lohnbeschlagnahmegesetzes und Paragraphen 850 der Zivilprozessordnung Ausnahmen zu ungunsten des Schuldners bestehen, ist auch eine Abtretung oder Verpfändung der Gehalts-, usw. Ansprüche rechtsunwirksam. Ist ein solches Rechtsgeschäft vor dem 20. Dezember 1917 abgeschlossen, so ist es richtig, soweit es Beträge zum Gegenstand hat, die nach der neuen Verordnung unpfändbar sind.

### Zulagen für Invalidenrentner.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 4. Januar über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente aus der Invalidenversicherung Beschluß gefaßt.

Der wesentliche Inhalt der Verordnung ist folgender: Wer aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankenrente bezieht, also auf der Post eine Rentenquittung mit dem Buchstaben S (hellgelbes Papier) oder A (hellgelbes Papier) vorzeigen muß, erhält vom 1. Februar 1918 ab monatlich acht Mark Zulage. Personen, welche eine Witwen- oder Witwerrente erhalten, die beim Empfang ihrer Rente also eine Quittung mit dem Buchstaben W (dunkelgelbes Papier) oder WA (gelbes Papier) vorzeigen müssen, erhalten ebenfalls vom 1. Februar ab eine monatliche Zulage von vier Mark. Empfänger von Alters- und Weibrenten erhalten keine Zulage.

Die Zulage wird ohne besondere Anzeigung der Bundesversicherungsanstalt oder der Kasse, von der er seine Rente bezieht, durch die Post ausgezahlt. Der Empfänger muß sich nur rechtzeitig eine besondere Quittung besorgen, die er bei der Stelle, die ihm die Bescheinigungen auf der Rentenquittung erteilt, erhalten kann. Auch die Postanstalt wird Quittungsmuster bereit halten.

Die Beglaubigung der von dem berechtigten Empfänger angefertigten und unterschriebenen Quittungen geschieht in einfacher Weise durch Aufbräunung eines öffentlichen Siegels.

Die Zulage ist gleichzeitig mit der Rente zu erheben; die Zulage kann aber auch nachträglich gefaßt werden, jedoch, werden nach dem 30. Juni 1919 gestellte Anträge auf Zahlung der Zulage für Monate des Jahres 1918 nicht mehr berücksichtigt.

Die Zulage wird nur für volle Monate gewährt. Beginnt zum Beispiel die Rente am 3. April 1918, so beginnt die Zahlung der Zulage erst mit dem 1. Mai 1918. Ist dagegen ein berechtigter Rentenempfänger am 2. März 1918 gestorben, so erhalten die Hinterbliebenen, denen die Rente des Verstorbenen ausgezahlt wird, die Zulage für den Monat März im vollen Betrage.

Rechnung ist die Zahlung von Zulagen nur für die elf Monate des Jahres 1918 (vom 1. Februar bis 31. Dezember) in Aussicht genommen, doch ist zu erwarten, daß den Empfängern von Invaliden-, Witwen- oder Witwerrenten auch nach dem 31. Dezember 1918 Zulagen zu ihren Renten, vielleicht in etwas geringerer Höhe, von den gesetzgebenden Körperschaften bereitgestellt werden.

Für die Empfänger einer Unfallrente, deren Erwerbsfähigkeit in gleicher Weise wie die der Invalidenempfänger beschränkt ist, wird demnächst eine ähnliche erweiterte Fürsorge getroffen werden.

### § 1445 Absatz 3 der Reichsversicherungsordnung ein Freund der Versicherten.

Unter der Herrschaft des Invalidenversicherungsgesetzes ist es öfters vorgekommen, daß die Beitragsleistung der Versicherten, der jahrelang Marken geklebt hatte und des Glaubens war, von der Versicherungsanstalt für seine lange unbeanstandet entgegengenommenen Beitragsleistungen sicherlich Anspruch auf Rente erworben zu haben, erst bei Gelegenheit des Rentengesuches als rechtsungültig festgestellt und der Rentenmacher abgewiesen wurde. Diesem Mißstande ist durch die Reichsversicherungsordnung abgeholfen worden. Der als Ueberschrift dienende Paragraph bestimmt, daß nach Ablauf von zehn Jahren seit der Aufrechnung der Quittungskarte die rechtmäßige Verwendung der in der Aufrechnung bescheinigten Marken nicht mehr angefochten werden kann, außer es ist die Verwendung der Beitragsmarken durch die Versicherten, seinen Vertreter usw., in betrügerischer Absicht herbeigeführt worden.

Die auf diese Weise unanfechtbar gewordenen Beiträge gelten nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes ohne weiteres als Pflicht- oder Selbstversicherungsbeiträge. Bei Prüfung, ob die unanfechtbaren Beiträge als Pflicht- oder Selbstversicherungsbeiträge anzusehen sind, müssen zunächst die Umstände ergründet werden, die zur Zeit der Markenverwendung abgewaltet haben. Dabei ist zu prüfen, welche Absichten bei den Beteiligten bestanden, welche Gründe zur Ausstellung der Karte führten, welche Anträge die Karte enthielt, ob gelbe oder graue Karten benutzt wurden, ob das 40. Lebensjahr überschritten ist (in letzterem Falle kann keine Selbstversicherung mehr Platz greifen) usw. Die Festlegung, ob Pflicht- oder Selbstversicherung vorliegen hat, ist nötig, weil die Wartezeit für die Invalidenrente verschieden ist; während sie im ersteren Falle 200 Beitragswochen ausmacht, beträgt sie bei letzterem 500 Beitragswochen. Die noch anfechtbaren an die unanfecht-

baren sich anschließenden Beiträge sind, sofern ihre Feststellung, ob Pflicht- oder Selbstversicherungsbeiträge nötig ist so anzusehen, als ob sie auf Grund der Beitragsleistung oder im Wege der Fortsetzung der Selbstversicherung geleistet wären. Sind mehr als 500 Beitragswochen nachgewiesen, von denen mindestens hundert nicht mehr angefochten werden können, so ist eine Prüfung, ob Pflicht- oder Selbstversicherung vorlag, nicht veranlaßt, weil die Wartezeit für alle Fälle erfüllt ist.

### Hilfsdienst und Betriebsförderung.

Durch das Hilfsdienstgesetz sind die Arbeiter mehr als es sonst der Fall war, an ihre Betriebsstellen gebunden. Ohne Zustimmung des Arbeitgebers erhält der Arbeiter, selbst wenn er ordnungsmäßig gekündigt hat, den erforderlichen Abwehrschein nicht. Es bleibt ihm dann zwar die Beschwerde offen, aber bis zu deren Erledigung ist er doch zur Fortsetzung der Arbeit genötigt. Dieser Bindung, die von den Arbeitern sehr oft unangenehm empfunden wird, steht, wie verschiedentlich durch die Gewerbegerichte entschieden worden ist, die unbedingte Pflicht des Arbeitgebers gegenüber, für ausreichende Arbeit und Verdienst des Arbeiters zu sorgen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach oder treten Betriebsstörungen ein, dann muß er den Arbeitern ohne weiteres den Abwehrschein erteilen, um sie in den Stand zu setzen, sich anderwärts Verdienst und Arbeit zu suchen. Versäumt er dies, dann ist er schadenersatzpflichtig, d. h. er ist verpflichtet, für den Verdienstausfall aufzukommen.

Unter allen Umständen ist dies allerdings nicht der Fall. Wegen z. B. tarifliche Abmachungen vor, wonach Aussehen einer Entlassung gleichgültig ist, dann ist es Pflicht des Arbeiters, den Abwehrschein zu fordern, falls er glaubt, während der Betriebsförderung, durch die das Aussehen bedingt ist, seine Arbeitskraft anderweit bewerten zu können. Unterläßt er dies, dann fällt sein Anspruch auf Schadenersatz weg, während andererseits der Unternehmer, wenn er trotz der Abforderung des Abwehrscheins diesen nicht oder verspätet erteilt, für den Schaden haftbar bleibt. Es sind also stets im Einzelfall die Verhältnisse zu prüfen. Da aber Abmachungen, wonach Betriebsförderungen, die ein Aussehen zur Folge haben, als Entlassung anzusehen sind, zu den Seltenheiten gehören, so gilt als allgemeine Regel, daß der Unternehmer, der bei solchen Vorkommnissen den Abwehrschein nicht ohne weiteres — auch ohne besondere Aufforderung — herausgibt, dem Arbeiter für den entstandenen Schaden haftet.

### Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, ist für Sonntag, den 20. Januar der 4. Monatsbeitrag für die Zeit vom 20.—26. Januar 1918 fällig.

### Krankentaggelungen.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Krankheitsfällen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Krankentage wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1918 konnte infolge Druckschwierigkeiten bis jetzt noch nicht in größerer Auflage durch das Generalsekretariat an unsere Hauptgeschäftsstelle gesandt werden. Wir bitten daher unsere Kollegen, sich noch etwas zu gedulden. Sofort nach Eintreffen hier wird es allen zugestellt werden.

### Aus dem Verbandsgebiet

Mittling. Seit 1. Juli macht sich eine erfreuliche Aufwärtsbewegung in unserer Ortsgruppe und Verwaltungsstelle bemerkbar. Es sind seitdem mehr als hundert Kollegen in unseren christlichen Metallarbeiter-Verband eingetreten. Durch die stets steigende Verteuerung der Lebensmittel und auch aller anderen notwendigen Bedarfsartikel war die hiesige Ortsgruppe gezwungen, eine Verbesserung der Löhne zu erstreben. Waren doch noch Löhne für ungelernete Arbeiter von 30—40 Pfg. am Tage, Frauen wurden sogar noch mit 25 Pfg. Einstelllohn befriedigt. Bevor wir zur Bewegung gingen, wurden Versammlungen abgehalten und die Arbeiter ermahnt, daß nur dann Erfolg errungen werden kann, wenn alle sich unserem christlichen Metallarbeiter-Verband anschließen. Der größte Teil ist dem Rufe gefolgt, und es stehen nur noch Einzelne dem Verbande fern. Unserem Verbande ist es nun gelungen, befriedigende Resultate von der Maschinenfabrik Osterer u. S. Mittling, nach fast fünfmonatlichem Drängen zu erzielen. Es konnten durchschnittlich wöchentlich 8 Mark pro Kopf erzwungen werden. Die günstige Mitgliederbewegung hielt auch im vierten Quartal an und haben wir jetzt bis 1. Januar die Mitgliederzahl 180 in unserer Ortsgruppe erreicht.

Am 23. Dezember v. J. fand auch eine Christbaumfeier (Gasthof „Alte Post“) statt, welche sehr gut besucht war und auch auf die sonstige Einwohnerschaft einen sehr guten Eindruck machte. Die Kollegen werden auch von dieser Feier den besten Gedanken mitgenommen haben, alles für den Verband einzusetzen. Der Erfolg stellt ein gutes, befruchtendes Zeugnis für das einmütige, feste Zusammenhalten der Kollegen dar. In die organisierten Kollegen ergeht zum neuen Jahre der Ruf, weiterhin zu agitieren zum Wohle der gesamten hiesigen Arbeiterschaft. Auf zur tatkräftigen Arbeit!

Dreieckhüt (Mittelranken). Unter den staatlichen Betrieben der bayerischen Hüttenwerke gehört Oberzeisel zu jenen, die man etwa als Stiefkinder bezeichnen kann. Stiefmütterlich sind ganz besonders auch die Lohn- und Ma-



Verhältnisse. Die Währungssteigerungen waren durch aus unzureichend. Bedingt die Schichtlöhne wurden den heutigen Bedürfnissen etwas besser angepaßt. Unter Hinweis auf die schlechten Ertragnisse des Werkes wurden ausserdem die Vorratserhöhungen abgelehnt. Wenn es nun auf die Löhne ankommt bei der Beurteilung der Gewinna- und Verlustrechnung des Werkes, dann hätte Oberleitungsmitglied Hans an Wöhnen viel eingespart. Der amtliche Betriebsbericht gibt die Durchschnittslöhne für das Jahr 1916 für über zwanzig Jahre alte Arbeiter auf 4,73 Mark pro Tag und 1419 Mark pro Jahr an. Dabei muß es noch fraglich erscheinen, ob hier nur der normale Arbeitstag oder die durchschnittliche tatsächliche Arbeitszeit berechnet wurde. Die Lohnverhältnisse müssen auf jeden Fall als mäßig bezeichnet werden. Gewiß sind sie inzwischen gestiegen, aber, wie oben schon bemerkt, nicht in ausreichendem Maße.

Der Hinweis auf die Rentabilität des Werkes gibt Veranlassung auch vom Arbeiterstandpunkt die Dinge zu betrachten. Wichtig ist nach den Bilanzen des Betriebsberichtes, daß Oberleitungsmitglied nur geringe Ertragnisse abliefern konnte. Der Beurteilung dieser Frage im hiesigen Landtag können wir uns jedoch keineswegs anschließen. Die hiesigen Werke stellen in ihrer Gesamtheit gemischte Werke da. Es bietet sich also die weitgehende Möglichkeit der Arbeitsteilung und gegenfälligen Ergänzung in der Produktion. Während des Krieges konnte man sehr leicht die Beobachtung machen, daß gut geleitete Werke vorzüglich abgefrachtet wurden. Es ist eine verschwindende Zahl von Betrieben dieser Art, die nicht glänzende Ergebnisse erzielt haben. Nach unserer Überzeugung kommt es in der Hauptsache auf den Kopf an, der an der Spitze des Werkes steht. Geradezu entscheidend war bei dem nun unruhig abgegangenen Aufsichtsratsmitglied die Würdigung, mit der die Arbeiterfrage behandelt wurde. Man mußte den Eindruck bekommen, daß man sich sehr leicht genommen wurde. Daß sich die Arbeiterfrage eine solche Behandlung bieten ließ, kann nur verwundern. Immer da, wo einzelne Arbeiter von der Werkleitung unter Beiseiteziehung der gewählten Arbeitervertreter begünstigt werden, wie dies lange in Oberleitungsmitglied Brand war, ist es faul im Staate Dänemark.

Oberleitungsmitglied liegt an der Hauptstraße Wünnen-Nürnberg und ist deshalb nicht abgelegen. Das im Gegensatz hierzu recht abgelegene Werk Sonthofen wirkt aber die besten Ertragnisse ab; es kann also nur an der Zuteilung von Arbeit und an der Leitung des Werkes liegen. Ein Grund zur Abstoßung des Werkes, wie im Landtag gewünscht wurde, liegt nicht vor. Ueberdies wurden die Arbeiter Jahrzehnte lang mit geringeren Löhnen abgepeist, mit dem Hinweis: „ständige und pensionberechtigte Arbeiter zu sein“. Hier hat also der Staat den Arbeitern und Arbeiterfamilien gegenüber gewisse Verpflichtungen, auf deren Erfüllung die Arbeiter sich nachdrücklich bestehen wird. Mit Rücksicht auf diesen Umstand, wird sich bei gutem Willen auch ein Weg finden, der die Arbeiter und die zuständigen Stellen befriedigt. Mit schlechten Löhnen wird dieses Ziel nicht erreicht. Die Arbeiter hoffen vielmehr, daß ihre Wünsche eine zeitgemäße Berücksichtigung finden.

Seitdem ist die Behandlung der Arbeiter oft noch so, daß man in Oberleitungsmitglied an dem guten Willen einzelner der anderen Organe zweifeln muß. Ist doch in der Lebensmittellieferung seltener den Arbeitern gespart worden, wie lassen uns nicht hinein schauen. Also Willkür statt vertrauensvolles Zusammenarbeiten. Besonders unliebsam hat sich der schonbar allmächtige Herr Verwalter herangezeigt. Obwohl hat die Kriegszeit uns mehr gereizt und erbösere Stimmung gebracht, die Grobheit dieses Herrn geht aber doch zu weit. Werden gewisse Grenzen nicht eingehalten, dann muß man zu dem Schluss kommen, als hätte mangelndes Organisationsvermögen auf diese Art erprobt werden. Ein größerer Teil der Kollegen im dem Verbandsangehörigen, von dem noch jetzt lebenden Kollegen muß verlangt werden, daß sie sich aufschließen. Die kommende Zeit erfordert dringend die rasche Geschäftigkeit im Verband, nur dann wird eine durchgreifende Interessenvertretung möglich sein.

Wünnenbach 6. 24. (Mittelfranken). Am letzten Sonntag im alten Jahre fand unsere Generalversammlung statt. 70 Mitglieder nahmen teil. Der Besuch hätte noch besser sein müssen. Der Jahresbericht konnte einen erfreulichen Auftrieb in der Mitgliederzahl verzeichnen. Die gewerkschaftliche Arbeit hat gekostet durch den Anstoß einer größeren Zahl von Kollegen und Kolleginnen auch sehr erfolgreiche Erfolge gebracht. In der ersten Jahreshälfte wurden durch verschiedene Eingaben Lohnsteigerungen von sechs bis neun Pfg. pro Stunde erreicht. In der zweiten Jahreshälfte letzten zunächst die Bemühungen um einen zeitgemäßen Arbeiterzuschuß.

Der bisherige Anstoß war aus der Krankentafelwahl hervorgegangen. Damals hatten die Arbeiter keine eigene Sache eingereicht. Nun wurde wenigstens die Forderung von drei weiteren Kollegen aus der Mitte der Arbeiter erreicht. Ein gesetzlicher Zwang war nicht gegeben, da die formalen Bedingungen erfüllt waren. Zur durchgreifenden Besserung der Löhne wurde eine Erhöhung von 20 Pfg. für Arbeiter und 10 Pfg. für Arbeiterinnen sowie Krankentafelbeiträge in einer weiteren Eingabe verlangt. In der Verhandlung mit der Firma, an der zum erstenmal auch Betriebsleiter neben dem Arbeiterzuschuß teilnahmen, wurden zuletzt folgende Zugeständnisse gemacht: Die über 18 Jahre alten Arbeiter erhalten eine Stundenzulage von 10 Pfg., über 18 Jahre alte Arbeiterinnen erhalten 6 Pfg., Jugendliche von 16 bis 18 Jahren 4 Pfg. und unter 16 Jahren 2 Pfg. Überhaupt wurden lediglich die Einzel-Löhne in der Höhe von 60 Pfg. für über 18 Jahre alte Arbeiter, 50 Pfg. für 16- bis 18jährige und 40 Pfg. bis 16 Jahre; für die über 18 Jahre alten Arbeiterinnen wurden 35 Pfg., 16-18 Jahre 30 Pfg. und unter 16 Jahren 25 Pfg. anerkannt. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Stundenlöhne aus der letzten Zeit nur 10 bis 20 Pfg. niedriger waren als die vorgenannten Einzel-Löhne, die nun noch teilweise überholt wurden. Für die Arbeiter wurde noch besondere Anlage für die Restlohn- (Werklohn-) Berechnung. Diese Berechnung ist etwas kompliziert ausgefallen, weil sie bei der allgemeinen Behandlung zurückgefallen wurde, da die Firma eine lokale Regelung in besonderer Behandlung in Aussicht stellte. In diesem Punkte werden die Arbeiter enttäuscht, das muß ausgesprochen

werden. Hier, wie in manch anderen Fragen, muß noch vieles nachgeholt werden. Immerhin ist eine brauchbare Grundlage geschaffen und hat das Berichtsjahr sehr beachtenswerte Erfolge gebracht. Man muß hier die Frage aufwerfen, wo stände die Arbeiterschaft ohne die Organisation? Die Kollegen und Kolleginnen sind sich darüber klar, was sie dem Verband verdanken. Nun gilt es, auf dem betretenen Wege weiter zu arbeiten.

Bedenken haben die Kollegen geäußert wegen des neuen Auftrags auf dem Lohnzettel. Da heißt es bei dem Stundenlohn „einschließlich Kriegszulage“. Dieser Zusatz wird vielfach so ausgelegt, daß nach dem Krieg ohne weiteres ein Teil des Lohnes wegfällt. Das kommt doch zu einem sehr großen Teil auch auf die Arbeiter an. Sind die Arbeiter mit allem zufrieden, auch mit jeder beliebigen Lohnkürzung, dann werden die Unternehmer damit überall schnell bei der Hand sein. Halten die Arbeiter aber zu ihrer Organisation, dann werden sich die Unternehmer über alles wesentliche mit ihrer Arbeitervertretung verständigen müssen. Also auf jeden Fall hat es die Arbeiterschaft selbst in der Hand, ob ihre Vertretung als Lust oder als mitbestimmendes Organ betrachtet wird.

In der Vorstandswahl erfolgte eine der größeren Zahl entsprechende Ergänzung. Das Jahr 1917 brachte in Wünnenbach einen ungeahnten Erfolg, das neue Jahr muß einen weiteren Fortschritt bringen. Sorgt deshalb dafür, daß sich auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin dem Verbande anschließen.

Siegen. Zwecks Behebung der Kohlennot der gewerblichen Betriebe der Siegerländer Metallindustrie wandte sich die Verwaltung des Siegerlandes an den Chef des Kriegsamts zu Berlin, Herrn Generalmajor Scheuch, sowie an alle Herren Reichs- und Landtagsabgeordneten der Kreise Siegen, Olpe und Altenkirchen. In den dringlichst begründeten Eingaben wird angeführt, daß aus den in Folge des Brennstoffmangels vorherrschenden Betriebsstilllegungen und Betriebsstörungen die Metallarbeiter der Siegerländer Wirtschaftsgüter in eine große Bedrängnis und Verunsicherung verfallen worden sei. Die besonderen Brennstoffmängel der heimischen Industrie seien darauf zurückzuführen, daß unser Industriegebiet bekanntlich selbst keine Kohle aufweise. Noch aber ständen unsere industriellen Werke mit Kohlenzügen in unmittelbarer Verbindung. Zum Transport der Kohlen komme Schiffsahrt nicht in Betracht, sondern nur ein äußerst beschwerlicher Eisenbahnbahnweg. Brennstoffvorräte sind im Sommer kaum eingesammelt worden. Von zirka 140 metallgewerblichen Betrieben haben infolge des Wagenmangels leider auch nur einige wenige Betriebe sich eigene Wagen angeschafft. Durch die neue Verordnung, daß erst nach den „Vorzugsbetrieben“ die übrigen Unternehmungen mit Kohlen versorgt werden sollen, habe die Kohlenzufuhr für hiesige Betriebe fast ganz aufgehört. Dieser Zustand sei um so unerträglich, weil schon mehr oder weniger während der ganzen Kriegszeit solche Betriebsstörungen vorgelegen hätten und Betriebe oder einzelne Abteilungen fast diesen ganzen Sommer hindurch und namentlich die letzten Wochen im Monate feiern mußten. Die dadurch unter der Arbeiterschaft entstandenen gewaltigen Verdienstaufschläge seien um so schwerwiegender, als durch diese fast andauernden Betriebsstörungen und namentlich auch durch den niedrigen Stand der Löhne vor dem Krieg, das gesamte Einkommen der Arbeiterschaft während der Kriegszeit fast untergefallen wurde. Nach der Lohnnachweisung der Rhein-Westf. Hütten- und Bergwerksbetriebsgenossenschaft stand das hiesige durchschnittliche Arbeiterjahreseinkommen gegenüber der Sektion 1 zu Essen um über 800 Mark und gegenüber dem gesamten Durchschnittslohn von Rheinland und Westfalen um über 350 Mark zurück. Im besonderen wird dann angeführt, welche Summen pro Monat durch die Betriebsstörungen verloren gehen, selbst wenn auch Zogelohn- oder Restlohnsteigerungen oder Entschädigungen für Feiertagen gewährt würden. Im Hinblick auf die gewaltig vorherrschende Teuerung der Lebenshaltung könne dieser Verdienstaufschlag von der Arbeiterschaft nicht getragen werden und wird auch unter Anführung noch sonstiger Begründungen dringend ersucht, der Schlemm unserer Wirtschaftsgüter durch Regelung der Kohlenversorgung und sofortiger größerer Zulieferung zu begegnen. Die Herren Abgeordneten werden ersucht, wenn zweckmäßig, durch eine gemeinsame Aktion dem dringlichen Anliegen Rechnung zu tragen. Die Eingabe an das Kriegsamt enthält außerdem noch Anregungen wie eine Berufsdarstellung über die Beschaffung auskömmlicher Entschädigung an die Arbeiterschaft für die Betriebsstörungen und Feiertagen herbeizuführen sei. Hoffentlich wird diesen Bestrebungen der Erfolg nicht verweigert bleiben, was im Interesse der Arbeiter und ihrer Familien wie auch für unser ganzes Wirtschaftsgelände nur dringend zu erhoffen ist.

Saarbrücken. Unsere Bezirksleitung teilt uns mit, daß der Artikel unter Verbandsgebiet in Nr. 49 vom 8. Dezember 1917 nicht von unseren Kollegen geschrieben wurde. Der Artikel enthält auch sachliche Unrichtigkeiten und Uebersetzungen. Es ist ferner nicht unser Wunsch gewesen, daß der Artikel im Verbandsorgan veröffentlicht werden sollte, da das Geschehene inzwischen zu unserer Zufriedenheit erledigt wurde.

**Veranstaltungs-Kalender**

Samstag, den 23. Januar.

- Bermer. Abends 6 Uhr bei Lindemann, Eberdörferstr. 69, Jahresgeneralversammlung.
- Bermer. 11 Uhr im Lokal „Der Delle“.
- Bermer. 4.30 Uhr bei Dehmer-Meer.
- Düsseldorf-Gräfenberg. 11 Uhr bei Spielmann, Sudenbergerstraße 39.
- Düsseldorf-Gräfenberg. Abends 7.30 Uhr bei Güder, Kölnenerstraße 216.
- Düsseldorf. 1 Uhr Generalversammlung mit Vortrag des Kollegen Mauer-Siegen.
- Erismann. 7 Uhr bei Heinrich Laback, Jahresversammlung.
- Gelsenkirchen-Gröden. Morgens 11 Uhr im Apollotheater, Bahnhofstraße. Deutscher Bezirksversammlung.
- Gelsenkirchen-Gröden. Abends 5 Uhr bei Brandmann, Bohmerer Straße, Familienabend.

- Gattingen. Nachmittags 5 Uhr bei Uhrweiler in Wesper.
  - Hilden. 11 Uhr im Rath. Gefellenhaus, Kirchhofstraße.
  - H. Marzloh. 5 Uhr bei Rosenbach, öffentliche Versammlung.
  - Krenthal. 5 Uhr Generalversammlung mit Vortrag des Kollegen Mauer-Siegen.
  - Oberhausen-West. 4.30 Uhr bei Trenthammer, Dülzburgerstraße, Jahresversammlung. Die Mitglieder von A-Staben sind besonders dazu eingeladen.
  - Opfaden. 5 Uhr bei Stebens, Mühlstraße.
  - Schmachtenberg. 4.30 Uhr bei Rüppers, Poststr. 28, Jahresversammlung.
- Sonntag, den 27. Januar:
- Brachhausen. 5 Uhr bei Schardt, Jahresversammlung.
  - Dehmer. 4 Uhr bei Jansen, Jahresversammlung, ansehl. patriotischer Abend.
  - D. Wauheimerort. 11 Uhr bei Casslepe, Fischerstr., Jahresversammlung.
  - Düsseldorf-Gröden. 11.30 Uhr im Lokale Mangarh, Grälingerstraße 18.
  - Düsseldorf-Math. 7 Uhr bei A. Schulten, Oberthorstr. 3.
  - Düsseldorf-Unterath. 6 Uhr bei Reulerh, Kürtenstraße 144.
  - Erismann. 11 Uhr bei Widmann, Jahresversammlung.
  - Gelsenkirchen-Gröden. Morgens 10.30 Uhr bei Director, Vereinsstraße 59, Quartals- und Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Quartals- und Jahresbericht. Anwesenheitsbericht. Vorstandswahl. Vortrag des Arbeitersekretärs Sprenger über die „Lebensmittellieferung in der Stadt Gelsenkirchen“.
  - Gelthausen. 11 Uhr in Hoffmanns Lokal (Blau), Düsseldorfstraße.
  - Homburg. 4 Uhr im „Homburger Hof“, Jahresversammlung.
  - Krefeld. 3 Uhr bei Jansen, Antonstraße.
  - Mülheim. 11 Uhr bei Tappe, Köhlstraße 36, Jahresversammlung.
  - M. Strum. 5 Uhr bei Ridders, Marienstraße, Jahresversammlung.

**Postkarten, Briefblätter und Umschläge**  
empfehlen  
in einfacher und farbiger Ausführung  
**Echo vom Niederrhein**  
Duisburg, Musfeldstraße 15 • Telefon 580

Neu! D. R. G. M. 665 228. Neu!  
**Hilfsnadel für jedermann**  
Keine Näh-Ahle. Zum Reparieren und Nähen von Schuhzeug usw. unentbehrlich, auch dort, wo mit der Hand und Maschine nicht mehr genäht werden kann. Kinderleichte Handhabung. Einmalige Ausgabe für dauernden Gebrauch. Preis komplett mit gutem, starken Nähfaden und Nadeln 1.50 Mk., 2 Stück 2.60 Mk. franco Nachnahme. Voreinsendung 50 Pfg. billiger.  
Alleinvertreter:  
**Paul Smarza, Bedarfs- u. Logmathe I. W.**

300 neue ersikl.  
**Parallel-Schraubsücker**  
In Fabrikal, schnell lieferb.  
80 mm Stück Mk. 45.—  
100 — — — — — 52.50  
Bestellung erbeten unter  
Nr. 1 an die Exped. d. Bl.

**Gemeinnützige Deutsche Volksversicherung.**  
Wer  
Krank und Kinder für seinen Fall schützen und sich für sein Alter oder für die Ausbildung, Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder ein Kapital bis zu 2000 M. sichern will, wähle die besonders günstigen Tarife unserer gemeinnützigen Volksversicherung.  
Anfragen erbeten an:  
Generalsekretariat d. Christl. Gewerkschaften, Köln a. Rh., Benloerwall 9.  
Mitarbeiter willkommen!

Unentbehrlich für jeden Dreher  
ist die Verhältnis-Tabelle zum Bearbeiten von Gewinden ohne 127er Rad von Fr. Fuchs-Essen. Preis 1.50 Mark.  
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Verbandes in Essen, Frohnhauserstr. 19.

**Wachspapier**  
Farben für alle Vertriebszwecke.  
Kohlepapier, Garschlag- und Vertriebszwecke-Papier.  
Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier verwendet werden soll.  
**Echo vom Niederrhein, Duisburg**

Kollegen agitiert für den Verband!